
– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund

Telefon: 03831 - 257460 • Mobil: 0176 - 48197332
E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

P R E S S E M I T T E I L U N G

Gemeinsame Pressemitteilung von
Richterbund M-V und Verein „Pro Justiz“ vom 06.03.2015

Proteste gegen die Gerichtsreform werden fortgesetzt **Am 13. März 2015 um 15:00 Uhr demonstrieren die** **Hagenower gegen die Schließung ihres Amtsgerichts**

Stralsund. Nach dem Willen von SPD und CDU schließt am 16.03.2015 das Amtsgericht in Hagenow. Bereits für **Freitag, den 13ten** März rufen der Richterbund M-V, der Verein „Pro Justiz“ und das lokale Bündnis für den Erhalt des Hagenower Gerichts zur Demonstration mit anschließendem Protestmarsch durch die Innenstadt auf. „Dabei wird das Amtsgericht symbolisch zugemauert,“ kündigen die Organisatoren an.

Nach dem Arbeitsgericht Neubrandenburg und den Amtsgerichten in Anklam, Ueckermünde und Neustrelitz ist das Hagenower Gericht das Fünfte, dessen Bezirk aufgehoben wird. Noch in diesem Jahr folgen Bad Doberan, Parchim, Grevesmühlen, Wolgast, Demmin und Bergen auf Rügen.

„Die Veranstaltung ist gleichzeitig Auftakt und Werbung für den spätestens im Herbst erwarteten Volksentscheid gegen die Gerichtsreform.“ sagt Verbandssprecher Dirk Simon.

Am 23.02.2015 hatte die Landeswahlleiterin Doris Petersen-Goes dem Volksbegehren gegen die Aufhebung von Arbeits- und Amtsgerichtsbezirken stattgegeben.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Norbert Nieszery kündigte daraufhin an, die SPD werde selbstverständlich an der Reform festhalten und stellte eine Abstimmung über das Volksbegehren im September in Aussicht.

„Zwar hat nach dem Volksabstimmungsgesetz zunächst der Landtag über die Annahme des Volksbegehrens zu entscheiden,“ so Simon. „Da die Stimmung in der Regierungskoalition trotz der rund 150.000 Proteststimmen gänzlich ungetrübt scheint, dürfen alle Wahlberechtigten sich darauf freuen, an einem Sonntag im Herbst selbst einmal Gesetzgeber zu sein.“